den betreffenden Verhältnissen eine Regelung auf dem gesetzlich geöffneten Wege dringend verlangen.

Auf diesem Wege geben die Berichte unleugbar werthvolle Hinweise. Wie sehr man sich aber noch im „Stadium der Vorbereitungen" befindet, ergiebt sich aus dem Bericht für Potsdam, welcher vorschlägt, unter Zuhilfenahme der preußischen Gewerbestatistik und der bereits in außerdeutschen Gesetzgebungen bezeichneten gesundheitsgefährlichen Betriebe Tabellen zu entwerfen, auf Grund dieser Tabellen genauere Fragen zu formuliren und behufs ihrer Beantwortung Gewerbetreibende und Arbeiter heranzuziehen. Bei diesen mündlichen Verhandlungen werde sich sodann herausstellen, für welche gesundheitsgefährlichen Betriebe sanitäre Maßregeln überhaupt und welche im Einzelnen nothwendig erscheinen und in welchem Umfange Einschränkungen der Arbeitszeit und der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern zulässig seien. „Man darf nicht annehmen", so schließt der Bericht, „daß die Summe aller gesundheitsgefährlichen Betriebe unermeßlich groß sei. Die französische Gesetzgebung nimmt 127, die belgische 122 an. Manche von ihnen sind in der deutschen Industrie entbehrlich, andere werden sich für den Zweck des sanitären Maximalarbeitstages unter gemeinsame Verordnungen bringen lassen. Der Umfang der Arbeit läßt sich also von vornherein übersehen und begrenzen."

Deutsches Reich.

C. H. **Berlin**, 6. Juli. Wie verlautet, beabsichtigt die Reichsregierung dem neuen Reichstag schon in diesem Herbst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der sich mit einer Revision des Urheberrechts (Reichsgesetz vom 11. Juni 1870 rc.) befaßt. Der erste Entwurf zu dieser Vorlage ist bereits im Reichsjustizamt ausgearbeitet worden und dürfte in kurzer Frist einigen literarischen und anderen Sachverständigen vorgelegt werden. Bei den mancherlei Mängeln, die unser leider recht veraltetes Urheberrecht aufzuweisen hat, sollte die Zwischenzeit bis zur parlamentarischen Behandlung von den Interessenten, von der Buchhändler-, Künstler- und Schriftstellerwelt fleißig benutzt werden, um der Reichsregierung die aus der Praxis selbst hervorgezogenen Besserungsnothwendigkeiten klar zu legen. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Regierung jetzt, da die Angelegenheit noch in den ersten Stadien schwebt, viel leichter auf Aenderungsvorschläge eingeht als später, wenn erst eine fertige Vorlage vorhanden ist. Da die Materie trotz ihrer großen Wichtigkeit für die Presse, für unsere ganze Cultur doch den Wenigsten geläufig sein dürfte — es kommen besonders die verschiedenen internationalen Abmachungen mit in Betracht —, so wäre es wohl am Platze, wenn sich Diejenigen, die es angeht, zu einer Art von freiwilligem Beirath zusammenthäten und sich mit der Regierung in Beziehung setzten. Die Regierung wird gewiß gern die Stimmung und die Wünsche der betheiligten Kreise erfahren wollen. Ueber die Art des ersten Entwurfs verlautet bisher noch nichts, doch läßt sich mit Bestimmtheit schon jetzt annehmen, daß es vorzüglich der § 7 ist, auf dem sich das meiste Interesse concentriren wird. Dieser Paragraph handelt nämlich vom erlaubten Nachdruck. Auf diesen Punct wird sich hauptsächlich das Augenmerk der Betheiligten zu richten haben, und es wird darauf zu achten sein, daß man zwischen den Specialinteressen des einzelnen Urhebers und dem allgemeinen Culturinteresse der Nation einen gleichmäßig befriedigenden Weg findet, der besonders auch jede Bevorzugung derjenigen Stände vermeiden muß, die sich mit der Vermittelung zwischen Producenten und Consumenten befassen. Es ist jedenfalls erfreulich, daß die Regierung schon jetzt an diese Fragen herantritt und nicht, wie zuerst beabsichtigt war, wartet, bis das Verlagsrecht erledigt ist. Wir meinen, daß das Verlagsrecht sich gerade aus dem Urheberrecht ableiten lassen wird.

⊙ **Berlin**, 6. Juli. Die diesjährigen großen Herbstmanöver der Flotte beginnen am 14. August und währen bis zum 17. September. Am 14. August tritt unter dem Befehl des commandirenden Admirals, Admirals v. Knorr in Wilhelmshaven die Herbstflotte zusammen. Als Flaggschiff des Admirals v. Knorr wird das Torpedoschulschiff „Blücher" fungiren, welches genügende Räumlichkeiten zur Unterbringung des Stabes enthält. Die Herbstübungsflotte wird sich, wie in früheren Jahren, aus zwei Geschwadern von je zwei Divisionen und zwei Torpedobootsflottillen zusammensetzen. Die erste Division besteht aus den erstclassigen Panzerschiffen des „Brandenburg"-Typs, die zweite aus den Schiffen der „Sachsen"-Classe. In der dritten Division werden vier Küstenpanzer des „Siegfried"-Typs und in der vierten Division vier Cadetten- und Schiffsjungenschulschiffe vereinigt werden. Eine Anzahl Aviso's wird dem Geschwader zu Aufklärungszwecken beigegeben. Der Kaiser-Wilhelm-Canal wird auch in diesem Jahre in das Bereich der zu lösenden Aufgaben einbezogen werden. Die Ernennung des Chefs des zweiten Geschwaders und der vierten Division wird in den nächsten Tagen erwartet. Ob der Kaiser einem Theil der Flottenübungen beiwohnen wird, ist noch nicht bekannt.

* **Berlin**, 6. Juli. Als einen höchst überflüssigen Zopf beklagt mit Recht die „Köln. Volksztg." die verschiedene Methode der Benennung der Reichstags-Wahlkreise: „In Bayern ist diese einfach und klar: Aichach, Speier, Regensburg, Nürnberg u. s. w., nur Nürnberg-Fürth stellt einen überflüssigen Doppelnamen dar. Dagegen sind in Preußen und den meisten anderen Staaten die Benennungen so verwickelt, daß auch der Berufspolitiker vielfach bei einer Abkürzung in Zweifel kommen kann, welcher Wahlkreis gemeint ist. Wer kennt z. B. im Westen einen Wahlkreis „Gostyn"? Es ist damit (vergl. die amtliche Statistik der Reichstagswahlen 1893, Druckf. d. R., neunte Leg.-Per. II. Sess. Nr. 46) Rawitsch gemeint; den Abgeordneten für „Witkowo" wird man kaum in dem von Gnesen suchen, und daß ein anderer Wahlkreis „Neustadt a. N.-Fallingbostel-Nienburg-Stolzenau" heißen muß, ist doch auch für den eingefleischtesten Bureaukraten nicht nöthig. „Neustadt" ist unter den amtlichen Benennungen reichlich genug vertreten, so daß es sehr überflüssig war, einen Wahlkreis „Neustadt a. d. Orla" zu nennen; hätte Jena, das vermuthlich weiteren Kreisen besser bekannte, musenfrohe Biernest, es nicht auch gethan? Württemberg kommt nur zwei Mal mit drei Ortsnamen für einen Wahlkreis vor, sonst gebraucht es vier für jeden — sollte man es am Neckar, an der Spree und anderwärts nicht im Interesse der Verständlichkeit ebenso bequem machen können, wie man es an der Isar gethan hat? Eine Name für einen jeden Wahlkreis genügt vollkommen für die Verständlichkeit, und dies officiell einzuführen, wird doch so schwer nicht halten."

⊙ **Berlin**, 6. Juli. (Telegramm.) Der **Kaiser** ist heute früh 9 Uhr bei schönem Wetter in Odde eingetroffen. Das Cadettenschulschiff „Moltke" und das norwegische Panzerschiff „Harald Haarfager" waren anwesend. Gestern arbeitete der Kaiser mit den Vertretern der Cabinete.

— Dem Reichsrath der Krone Bayern, Commerzienrath Theodor v. Haßler, Vorsitzenden des Centralverbandes deutscher Industrieller, der am 3. Juli seinen 70. Geburtstag feierte, sandte der Kaiser aus Travemünde auf dem Drahtwege nachstehenden Glückwunsch:

Zu Ihrem 70. Geburtstage spreche ich Ihnen meinen warmen Glückwunsch aus und erinnere mich dabei gerne der fördernden Thätigkeit, welches Sie dem Flottengesetz und dem Flottenverein entgegengebracht haben. Mögen Ihre Kräfte auch diesen Bestrebungen noch lange Jahre erhalten bleiben. Wilhelm I. R.

Außer dem Kaiser beglückwünschten Herrn v. Haßler u. v. A. Fürst Bismarck, der Reichskanzler, Minister v. Miquel, Staatssecretair Graf Posadowsky, Admiral Knorr.

— Der Staatssecretair von Podbielski verließ, wie die „Voss. Ztg." aus Pest meldet, nach zweitägigem Verweilen an der unteren Donau Ungarn und reiste nach Bukarest, um dort die Bedingungen einer unmittelbaren drahtlichen Verbindung zwischen Berlin und Bukarest festzustellen.

— In Bezug auf die Umgestaltung der Gewerbesteuer hat der Finanzminister v. Miquel bei Empfang einer Abordnung des Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden, der dem Berliner Magistrat Vorschläge unterbreitet hat, bekanntlich seinerseits jede Unterstützung in Aussicht gestellt und versichert, daß die Regierung gern bezüglichen Anträgen der Gemeinde ihre Zustimmung ertheilen werde. Zugleich hat der Minister dem „Hann. Cour." zufolge die Hoffnung ausgesprochen, daß die von ihm demnächst zu berufende Conferenz der Oberbürgermeister, zu welcher auch gewerbliche Sachverständige zugezogen werden sollten, die Gemeinden veranlassen werde, der Frage der Steuerentlastung des Kleingewerbes erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

— Die Frage der Einführung von Schreibmaschinen bei den preußischen Gerichten erörterte am Freitag eine Commission von Mitgliedern des Justizministeriums und des Kammergerichts. Es wurde den „B. N. N." zufolge beschlossen, während der Gerichtsferien die Beschäftigung von Beamten mit der Schreibmaschine bei verschiedenen Gerichtsbehörden probeweise zu versuchen. Endlich!

— In Sachen der Tarifreform wird in der letzten Nummer der „Nordd. Allgem. Ztg." officiös versichert, daß eine Berücksichtigung der Vorstellungen der Spediteure zur Erhaltung des legitimen Sammelgeschäfts erfolgen solle.

— Professoren der technischen Hochschulen Berlin, Hannover und Aachen sind, wie vor Kurzem gemeldet wurde, ins Herrenhaus berufen worden. Ueber diesen Vorgang glaubt die „Germania" berichten zu dürfen:

„Die Berufung der betreffenden Professoren in das Herrenhaus ist ohne Gegenzeichnung des Staatsministeriums erfolgt, und nach einer Mittheilung der „Akademischen Blätter", welche dieselbe nur von authentischer Seite erhalten haben kann, hätte der Kaiser selber erklärt, daß er schon vor drei Jahren dem Ministerium diesen Vorschlag gemacht habe, aber damals auf Widerstand gestoßen sei. Er habe daher jetzt, ohne das Ministerium zu befragen, einfach selbstständig die Berufung verfügt. Zweifellos wird das Staatsministerium sich jetzt rückhaltlos der kaiserlichen Initiative anschließen und die gesetzliche Festlegung der bisher nur durch Gnadenact geschehenen einmaligen Gleichstellung der technischen Hochschulen mit den Universitäten erfolgen."

„Diese Vorgeschichte", meint die „Germania", „ist nicht ohne Interesse und dürfte bezüglich mancher in der jüngsten Zeit aufgetretenen Krisengerüchte aufklärend wirken."

— Die Socialdemokraten wollen nicht blos die Wahl des Stadtverordneten Kreitling, der im zweiten Berliner Reichstagswahlkreise gegen den Socialdemokraten Fischer gewählt wurde, sondern auch die des Schulinspectors Dr. Zwick anfechten, der im fünften Berliner Wahlkreis über den Socialdemokraten Schmidt siegte. Der „Vorw." schreibt heute:

„Auch im fünften Reichstagswahlkreise hat sich nunmehr das zum Wahlprotest erforderliche Material derart gehäuft, daß die Cassirung der Wahl des Herrn Dr. Zwick mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. Das socialdemokratische Wahlcomité ist schon jetzt in der Lage, seinen Wahlprotest ausreichend zu begründen."

Das socialdemokratische Wahlcomité bittet alle Parteigenossen, die von belastenden Vorgängen glaubwürdig zu berichten wissen, diese mitzutheilen, „um den Protest so wuchtig wie nur möglich gestalten zu können".

— Die schon angekündigte Schrift von Dr. Vosberg-Rekow „Die Politik der Handelsverträge" (Verlag von Siemenroth & Troschel in Berlin) ist, als Publication der Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen nunmehr erschienen. Es ist, dem Zwecke gemäß, den der Verfasser verfolgte, eine orientirende Erörterung der handelspolitischen Tagesfragen, dazu bestimmt, sowohl über die Entstehung der Gegensätze, als über die Bedeutung der verschiedenen handelspolitischen Systeme und der einzelnen Maßnahmen, welche streitig sind, in Kürze Aufschluß zu geben. Dies geschieht von einem der Beibehaltung und Ausdehnung der Handelsvertragspolitik freundlichen Standpunct aus.

* **Aus Mecklenburg**, 6. Juli. Die Schulzustände in Mecklenburg werden durch einen von der „Preuß. Lehrerzeitung" veröffentlichten Brief eines protestantischen Vicars aus Schlesien, der gegenwärtig dort angestellt ist, treffend beleuchtet. Es heißt in diesem Briefe:

„Durch Schuldeputa bin ich auch zum Schulinspector von vier Schulen gestempelt. Aber was sind das für traurige Schulen! Die elendeste polnische Dorfschule in dem viel verrufenen Oberschlesien ist gegen die hiesigen Schulen die reine Fundgrube und Pflanzstätte tiefster Wissenschaft. Ein alter Lehrer aus der sogenannten guten alten Zeit, der nie ein Seminar besucht hat, sondern der Diener oder Privatsecretair des Grafen H. in seiner Jugend gewesen ist, ist um dieser Verdienste willen in sein jetziges Amt gekommen. Und wie der Lehrer, so die Schüler! Ganz unbestellte Felder, die nicht auf dem Lehrplan stehen, sind Geographie, Geschichte, Naturgeschichte, Geometrie, Turnen und sogar der Gesang von Volksliedern. Gelehrt wird nur Schreiben, Lesen, Religion, Gesang von Kirchenliedern und „zwei mal zwei".

* **Hamburg**, 6. Juli. Wie im Hafenarbeiterstreik, so hat jetzt auch im Bäckergesellenstreik der „National-sociale Wahlverein für Hamburg und Umgebung" Stellung genommen und zwar durch nachstehende Resolution:

„Ausgehend von dem Grundsatz, daß eine Hebung des arbeitenden Volkes durch fortgesetzte gewerkschaftliche, genossenschaftliche und politische Arbeit zu erstreben ist, erklärt die heutige Versammlung des „National-socialen Wahlvereins für Hamburg und Umgebung" den streikenden Bäckergesellen in ihren berechtigten Forderungen ihre volle Sympathie. Sie ist der Ansicht: 1) daß die Lage der Bäckergesellen durch das Kost- und Logiswesen in socialer, sittlicher und finanzieller Beziehung viel zu wünschen übrig läßt; 2) daß der Versuch des Arbeitgeberverbandes, den berechtigten wirthschaftlichen Kampf zu einer politischen Machtfrage zu stempeln, nur zur Verschärfung der bestehenden Classengegensätze und zu einer Störung des socialen Friedens führt; 3) daß eine schnelle Beendigung des Streiks durch Anrufung eines Schiedsgerichts, das namentlich die Frage des Arbeitsnachweises regelt, zu erstreben ist."

* **Braunschweig**, 5. Juli. Hier beschäftigt man sich seit längerer Zeit mit dem Project eines Stichcanals von Braunschweig an den geplanten Mittellandcanal. Die Handelskammer für das Herzogthum Braunschweig hat jetzt über die Rentabilität eines solchen Canals eingehende Erhebungen angestellt und faßt deren Ergebniß kurz dahin zusammen, daß der Bau des Canals sich für Braunschweig und Umgebung als unumgänglig nothwendig und aller Voraussicht nach auch als rentabel erweisen werde.

w. **Coburg**, 4. Juli. Die drei hiesigen Militairvereine haben das Jubiläum des Kriegervereins im nahen Scheuerfeld nicht besucht und zwar ist die Veranlassung die letzte Reichstagswahl. Es besteht nämlich die nicht unbegründete Vermuthung, daß auch von Kriegervereinsmitgliedern dort Stimmen für den socialdemokratischen Candidaten abgegeben worden seien. Die Tendenz der Kriegervereine ist aber niemals vereinbar mit den Anschauungen der Socialdemokratie, weshalb die hiesigen Vereine sich veranlaßt sahen, dem Fest in Scheuerfeld fern zu bleiben.

* **Meiningen**, 6. Juli. Zu der Wahlniederlage Paasche's in Meiningen schreibt eine „geschätzte Seite" an die „Disch. Tgsztg.": „Wer die Stimmung der Bauern im Heldburger und Römhilder Bezirk des ersten Meininger Wahlkreises kannte, mußte allerdings auf einen Mißerfolg gefaßt sein. Es zeigte sich schon im vergangenen Herbst, daß die Bauern aus verschiedenen Gründen von einer Wiederwahl des Professors Paasche nichts wissen wollten, hauptsächlich deshalb, weil man ihm vorwarf, daß er seine Verpflichtungen in Betreff seiner Stellungnahme zu den Handelsverträgen nicht erfüllt hätte." Professor Paasche, der erst 1893 in den Reichstag eintrat, hat gegen die Ermäßigung der Getreidezölle im Handelsvertrag mit Rußland und gegen den ganzen Vertrag gestimmt. Die Bauern in Meiningen I sind demnach wohl Freunde des Handelsvertrages mit Rußland?

* **Darmstadt**, 6. Juli. (Telegramm.) Die „Darmstädter Ztg." veröffentlicht die Ernennung des Ministerialpräsidenten Dittmar zum Justizminister und des Oberbürgermeisters Küchler zum Präsidenten des Finanzministeriums.

W. **Heilbronn**, 5. Juli. Die Ausschreitungen, die hier anläßlich der Stichwahl stattfanden, finden jetzt ihr Nachspiel vor Gericht. Als erster Angeklagter stand gestern der ledige 23 Jahre alte Steinhauer Chr. Merkle vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts. Als am zweiten Abend nach der Stichwahl (25. Juni) Soldaten den Marktplatz säuberten, widersetzte sich Merkle einem Soldaten und rief seinen Genossen zu: „Reißt dem Lausbuben das Flintle weg!" Wegen Vergehens gegen § 111 Abs. 2 des St.-G.-B. und öffentlicher Beleidigung erhielt Merkle 4 Monate Gefängniß. Wie der „Staatsanzeiger" mittheilt, ist gegen eine große Anzahl von Personen, die sich am 24. Juni bei den Aufruhr betheiligten, die Voruntersuchung im Gange.

W. **Stuttgart**, 5. Juli. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde die Berathung sämmtlicher Steuergesetze vollends erledigt, worauf die Vertagung bis zum Herbste erfolgte. Die Steuergesetze gehen nunmehr nochmals an die Erste Kammer, von deren Stellungnahme das weitere Schicksal der Steuerreform abhängt.

* **Stuttgart**, 5. Juli. Im 5. Wahlkreis Eßlingen-Nürtingen' mußte bekanntlich, da auf den demokratischen Candidaten Brodbek und den socialdemokratischen Schlegel je 6249 Stimmen gefallen waren, das Loos entscheiden, das auf Brodbek fiel; dieser wurde dann auch bei der Stichwahl mit 12 336 Stimmen gegen den nationalliberalen Candidaten Geß (8846 Stimmen) gewählt. Es hat sich nun aber bei der amtlichen Zusammenstellung herausgestellt, daß die Wahlvorsteher im ersten Wahlgang acht Wahlzettel zu Unrecht für ungiltig erklärt hatten, von denen drei auf Brodbek und fünf auf Schlegel entfallen. Der Letztere hat also in Wirklichkeit 6254, Brodbek nur 6252 Stimmen erhalten. Der Wahlcommissar konnte aber nach dem Wahlgesetz hier nicht eingreifen; dies ist Sache des Reichstags. Es ist also unzweifelhaft sicher, daß diese Wahl umgestoßen wird. Die Volkspartei hatte geglaubt, es werde sich bei der Stichwahl eine kleine Mehrheit für den Socialdemokraten herausstellen, und daher hatte Brodbeck selbst schon kurz nach der Hauptwahl Protest gegen die Wahl eingelegt. Man wird also im Reichstag das seltene Schauspiel erleben, daß ein Abgeordneter gegen seine eigene Wahl Einsprache erhoben hat. Kommt Schlegel in die Stichwahl, so ist der Eßlinger Wahlkreis der fünfte, der für die Volkspartei verloren gegangen ist.

* **Karlsruhe**, 5. Juli. Eine Conferenz der Frauenvereine Badens beschäftigte sich in Anwesenheit der Großherzogin und der Prinzessin Wilhelm von Baden mit der Frage des Wohles der Fabrikarbeiterinnen. Die gemachten Vorschläge gingen dahin: Errichtung von Mädchenheimen in allen Fabrikstädten, Vereinigung der Fabrikarbeiterinnen zur Unterhaltung am Sonntag, zu nützlicher Thätigkeit und fleißiger Arbeit am Werktag, freundlicher Verkehr mit denselben, Erwerben ihres Vertrauens in zwangloser Unterhaltung.

* **Freiburg i. B.**, 5. Juli. Ein sonderbares Nachspiel hatte die Reichstagsstichwahl in Freiburg i. B., in der Marbe (Ctr.) siegte, an der dortigen Hochschule. In einer Versammlung der nationalliberalen Partei hatte der ordentliche Professor der Geschichte Fabricius das Centrum angegriffen. Der badische Landtagsabgeordnete Wacker erklärte darauf einer Versammlung, er bedauere die Facultät, der Herr Prof. Fabricius angehöre, er bedauere die Wissenschaft. Erst plante man einen Fackelzug, begnügte sich dann aber mit einer feierlichen Adresse. Der allgemeine Studenten-Ausschuß erklärte sich für deren Absendung. Die katholischen Corporationen wandten sich aber in einem Schreiben an den Senat, in dem sie baten, „im Interesse des Friedens unter den Studirenden" die Kundgebung zu verhindern. Die Absendung der Adresse wurde darauf untersagt. Aus diesem Anlaß beschlossen die Studirenden für den persönlich angegriffenen Professor eine Sympathiekundgebung zu veranstalten.

* **Avricourt**, 4. Juli. Zwei Soldaten und ein Corporal des in Luneville in Garnison liegenden französischen 2. Jäger-Regiments zogen kürzlich über die deutsche Grenze und bearbeiteten das deutsche Hoheitszeichen mit ihren Säbeln. Leute, die die Eindringlinge auf das Ungehörige ihres Treibens aufmerksam machten, wurden von ihnen bis zum Wirthshause Lacarze verfolgt und bedroht. „Wir hätten", so schreibt die „Straßb. Post", „den diesem Vorfall, der wegen der Beschädigung des deutschen Reichswappens zu den gröberen Grenzverletzungen gezählt werden muß, keine Notiz genommen, wenn nicht in der letzten Zeit ein paar Grenzüberschreitungen, die sich deutsche Soldaten zu Schulden kommen ließen, in der französischen Presse mit Behagen breit getreten worden wären."

Frankreich.

Dreyfus-Affaire.

* **Paris**, 6. Juli. (Telegramm.) Der Justizminister Sarrien hatte gestern eine lang andauernde Besprechung mit Couturier, dem Director für Criminal- und Gnadensachen im Justizministerium, betreffs des Gesuchs der Frau Dreyfus. Sarrien wird wahrscheinlich morgen dem Ministerrathe das Ergebniß der Unterredung mittheilen. Das Gesuch gründet sich auf den Art. 441 der Strafproceßordnung und Art. 101 des Militairstrafgesetzes. Letzterer schreibt vor, daß dem Angeklagten sämmtliche Beweisstücke vorzulegen seien, mit der Aufforderung, zu erklären, ob er sie anerkenne. Paragraph 441 ermächtigt den Staatsanwalt des Cassationshofes, nach Anordnung des Justizministers, bereits ergangene Urtheile und Beschlüsse von Gericht und Behörden zu prüfen und, falls eine gesetzwidrige Anwendung vorliegt, beim Strafsenat des Cassationshofes die Annullirung sowie die Verfolgung der schuldigen Richter zu beantragen. — Die „Aurore" fordert die Regierung dringend auf, Esterhazy zu verhaften, da die Beweise für dessen Verrath sich täglich mehren. Das Blatt veröffentlicht einen Brief Esterhazy's vom 20. Mai 1894, der genau den Entsatz des Dreyfus zugeschriebenen Bordereaus enthält.

Belgien.

* **Brüssel**, 6. Juli. Der Kriegsminister hat das Ingenieurcorps angewiesen, sofort Pläne für die Neubefestigung Antwerpens in Folge der bevorstehenden Neugestaltung des Scheldebettes festzustellen.

Italien.

Militairentlassung; Papst.

* **Rom**, 6. Juli. (Telegramm.) Der Kriegsminister befahl die sofortige Entlassung der einberufenen Jahresclassen 1873 und 1874 der Artillerie und des Geniecorps. Es ist das die Einleitung zur allmählichen, nach und nach erfolgenden Entlassung auch der übrigen zu den Waffen einberufenen Reserve-Mannschaften.

* **Rom**, 6. Juli. (Telegramm.) Nach zuverlässigen Nachrichten sind die Gerüchte, betreffend eine auf den Frieden zwischen Spanien und Amerika bezügliche Action des Papstes, unbegründet. Der Papst beschränkte sich darauf, den spanischen Bischöfen anzuempfehlen, ihrer Regierung keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten.

Rußland.

* **Petersburg**, 6. Juli. (Telegramm.) Der deutsche Marine-Attaché für die nordischen Reiche, Corvetten-Capitain Kalau vom Hofe, ist gestern Nachmittag vom Kaiser und der Kaiserin in Peterhof in Audienz empfangen worden. — Der Vicecommandant des Stillen Meer-Geschwaders, Contreadmiral Stark, ist zum Commandanten von Port Arthur ernannt worden.

* **Odessa**, 6. Juli. (Telegramm.) Der Dampfer der Freiwilligen-Flotte „Saratow" ist gestern nach Port Arthur in See gegangen mit 1237 Soldaten an Bord, darunter auch Festungsartillerie- und Eisenbahn-Truppen. Der Dampfer führt ferner 90 000 Pud Schienen für die Mandschurei-Eisenbahn mit sich.

Amerika.

Der Krieg.

* Nunmehr verlautet, daß Spanien zum Frieden geneigt sei und daß die Aeußerungen Sagasta's recht unangebrachte Rodomontaden gewesen sind. Der „Daily Telegraph" will bestimmt wissen, daß gestern Mittwoch Friedensvorschläge gestellt werden sollten, und auch aus Washington liegt die Nachricht vor, daß Vertreter mehrerer Großmächte bemüht sind, einen längeren Waffenstillstand behufs Einleitung von Friedensverhandlungen zu Stande zu bringen. Wie verlautet, ist Mc Kinley geneigt, den Waffenstillstand zu bewilligen, wenn Spanien direct darum ersucht. — In Spanien selbst soll Unordnung unter dem Militair herrschen und Anzeichen vorhanden sein, daß sich das Volk für den Bürgerkrieg bewaffne. Inzwischen ist der spanische Gesandte in Tanger in Madrid eingetroffen, um von der Regierung Instructionen einzuholen über das von ihm gegenüber der marokkanischen Regierung im Falle des Erscheinens eines amerikanischen Geschwaders zu beobachtende Verhalten, sowie betreffend die letzthin in Marokko eingetroffenen Gesandtschaften.

Nachfolgende Depeschen über den Kampf und die Lage in Santiago liegen vor:

* **New York**, 6. Juli. (Telegramm.) Der „New York Herald" meldet aus Kingston: Von Santiago an Bord des britischen Kriegsschiffes „Alert" eingetroffene Flüchtlinge theilen mit, General Pando sei in der Schlacht bei Palma, in der er, auf dem Marsche nach Santiago begriffen, mit den Aufständischen gekämpft habe, am Abend schwer verwundet worden. Eine Bestätigung dieser Meldung fehlt. Die Flüchtlinge behaupten ferner, General Linares habe erklärt, Santiago lieber verbrennen, als übergeben zu wollen. — Nach demselben Blatte hat im Verlauf einer Unterredung Admiral Cervera erklärt, er habe von Madrid aus zwei Mal Befehl erhalten, den Hafen von Santiago zu verlassen und nach Havanna zu gehen, er habe vollkommen die Schwierigkeit seiner Lage erkannt, die Ehre der spanischen Marine habe jedoch erfordert, daß eine strategische Bewegung gemacht werde. Aus diesem Grunde sei der Flotte der Befehl gegeben worden, der fast sicheren Zerstörung entgegenzugehen. Weiter berichten die Flüchtlinge, die Gebäude des englischen und des österreichisch-ungarischen Consulates in Santiago seien von Hunderten der dort ansässigen Fremden umlagert gewesen, die flehentlich darum baten, auf ein Schiff gebracht zu werden. Unter den Nichtcombattanten in Santiago herrsche großer Schrecken. Die Tochter des englischen Consuls, die sich unter den Flüchtigen befand, sagte, am Sonnabend und Sonntag Vormittag seien die Granaten bis um das Consulatsgebäude herum niedergefallen. Die Stärke der spanischen Streitkräfte in Stadt und Umgegend scheine Niemand zu kennen. Die Zahl der kampffähigen Soldaten der Garnison schätze man auf 8000. Jedes fünfte Haus in Santiago sei in ein Hospital umgewandelt worden.

* **Wien**, 6. Juli. Das „Wiener Telegr.-Corresp.-Bureau" theilt aus dem Berichte eines Augenzeugen die Ereignisse vor Santiago vom Bord des österreichisch-ungarischen Torpedoramm-Kreuzers „Kaiserin und Königin Maria Theresia" noch Folgendes mit: Gestern wurde ein Waffenstillstand vereinbart, um den Neutralen Gelegenheit zu geben, sich zurückzuziehen. Der Linienschiffs-Capitain v. Ripper, Commandant der „Maria Theresia", unterhandelte gestern Morgen mit Admiral Sampson, der sich sehr entgegenkommend zeigte, und entsandte alsdann vier Boote nach Santiago, um die Neutralen an Bord zu nehmen. Unter denselben befanden sich ein österreichisch-ungarischer Unterthan, ferner die Consuln von Italien, der Dominikanischen Republik und des Staates Paraguay mit ihren Familien, und des Weiteren ein russischer Consularfunctionair. Der österreichisch-ungarische und der deutsche Consularagent begegen verblieben in Santiago. Die englischen und schwedischen Unterthanen wurden durch die englischen Schiffe „Pallas" und „Alert" abgeholt. Von Cuba aus konnte nicht telegraphirt werden, da das Kabel für Dienstzwecke vorbehalten bleibt.

* **London**, 6. Juli. (Reuter'sches Bureau.) Unter dem 3. d. M. wird aus dem amerikanischen Hauptquartier von Santiago berichtet, daß nach sorgfältiger Abschätzung die Aerzte die Verluste der Amerikaner an Todten und Verwundeten um Santiago zum Mindesten auf 1700 Mann angeben, von denen ungefähr 150 Mann sofort todt waren oder ihren Wunden erlagen, der Rest der Verwundeten werde voraussichtlich genesen. Ziehe man in Betracht, daß nicht mehr als 12 000 Mann an dem Kampfe theilgenommen haben, so sei die Verhältnißzahl der Verluste eine sehr große, insbesondere unter den Officieren. Dies sei persönlichkeit der Tapferkeit der Truppen zuzuschreiben, die über ein völlig ungedecktes Gelände gegen das äußerst heftige Feuer der Spanier vorgerückt seien.

Im amerikanischen Lager scheint auch nicht Alles so zu sein, wie es sollte, wenigstens berichtet der „New York Herald" aus Washington, es fehle vor Santiago an Uebereinstimmung zwischen dem Obercommando der Landtruppen und dem der Marine in der Leitung der Operationen. General Shafter berichtet, Admiral Sampson habe sich geweigert, in den Hafen von Santiago einzulaufen und die Stadt zu beschießen, wenn er nicht vom Marineamte direct den Befehl dazu erhalte.

Zum Schlusse noch zwei selbstverständliche, höchst überflüssige Meldungen, die aber doch registrirt werden müssen:

* **Ismailia**, 6. Juli. Das spanische Kriegsschiff „Velasco" liegt seit heute früh hier wegen einer Beschädigung an der Maschine.

* **Ismailia**, 6. Juli. Das spanische Kriegsschiff „Velasco" ist ausgebessert und setzt seine Reise fort. Das Geschwader wird heute in Suez eintreffen.

Chilenisch-argentinische Streitfrage.

* **London**, 6. Juli. (Telegramm.) Die zweite Ausgabe der „Times" veröffentlicht eine Drahtnachricht aus Santiago de Chile vom 5. d. M., nach der ein von dem chilenischen Minister des Auswärtigen dazu ermächtigter Berichterstatter mittheilt, Chile habe eine Note an Argentinien gerichtet, in der erklärt werde, Chile sei stets bereit, die Clauseln des Vertrags bezüglich der Grenzbestimmungen anzunehmen im Hinblicke auf eine sofortige friedliche Lösung der betreffenden Frage. Chile empfehle auf das Dringendste, sich in allen Streitfragen zwischen Chile und Argentinien dem Schiedsspruche der Königin Victoria von England zu unterwerfen.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)